

Walter H. Rechberger
Brigitta Zöchling-Jud (Hrsg)

Die EU-Erbrechtsverordnung in Österreich

2015

Handbuch

Mit Beiträgen von

Susanne Frodl
Robert Fucik
Friedrich Kieweler
Gabriel Kogler
Walter H. Rechberger
Claudia Rudolf
Brigitta Zöchling-Jud

■ VERLAG
■ ÖSTERREICH

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Historische Entwicklung und Anwendungsbereich der Verordnung

Susanne Frodl und Friedrich Kieweler

I. Einführung	1
II. Die Kompetenzgrundlage für eine Vereinheitlichung des europäischen internationalen Erbrechts	2
III. Ausgangsbefund	3
IV. Das Erbrecht als ein vom Familienrecht trennbares Rechtsgebiet?	5
V. Die Notwendigkeit unionsrechtlicher Regelungen auf dem Gebiet des Erbrechts	5
VI. Die Vorarbeiten zur EuErbVO	7
VII. Die Notwendigkeit einer umfassenden Natur des Regelungswerks	11
VIII. Die Regelungstechnik des Vorschlags und der Verordnung	13
IX. Die grundlegenden Ziele und Anliegen der Verordnung	15
X. Anwendungsbereich	16
A. Zeitlich	16
B. Örtlich	17
C. Übereinkünfte mit Drittstaaten	19
D. Sachlich	21
E. EuErbVO und nationale Zuständigkeitstatbestände im Wechselspiel	22
F. Sonstiges	23
G. Nachlassabwicklungsverfahren und erbrechtliche Auseinandersetzungen: Abgrenzung des Anwendungsbereichs der Verordnung	24
H. Die aus dem Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommenen Tatbestände	27
1. Das (Ehe-)Güterrecht	27
2. Unterhaltsansprüche	28
3. Zur Ausnahme des Gesellschaftsrechts	29
4. Zur rechtlichen Qualifikation der Schenkung auf den Todesfall	29

I. Anknüpfung von Vorfällen	32
J. Haager Testamentsformübereinkommen und EuErbVO im Wechselspiel	34
K. Begriffsbestimmungen	35
1. Öffentliche Urkunden	35
2. Der Gerichtsbegriff	35

2. Die Internationale Zuständigkeit

Walter H. Rechberger und Susanne Frodl

I. Ausgangssituation und Darstellung der bisherigen nationalen Rechtslage	45
A. Überblick über die Übereinkommen auf internationaler Ebene	45
B. Überblick über die Regelung der internationalen Zuständigkeit im österreichischen Recht	46
1. Allgemeines	46
2. Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht im Wechselspiel	48
3. Die internationale Zuständigkeit für Streitige Verfahren in Erbsachen	50
II. Das System der EuErbVO: Darstellung und Auslegung der Verordnung	51
A. Die Konzentration der internationalen Zuständigkeit nach der EuErbVO	51
1. Allgemeines	51
2. Gründe für die Festlegung des letzten gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers als Anknüpfungskriterium	53
3. Merkmale des gewöhnlichen Aufenthalts	55
a. Historischer Abriss	55
b. Die Festlegung des gewöhnlichen Aufenthalts im Text der Verordnung	57
4. Die Abgrenzung der internationalen Zuständigkeit bei EU-internen grenzüberschreitenden Sachverhalten von jener für „reine“ Drittstaatenfälle – Anpassungsbedarf im nationalen Recht?	62
B. Beibehaltung des Gleichlaufs zwischen Zuständigkeit und anwendbarem Recht – Zuständigkeitsverschiebung bei Rechtswahl	63
1. Allgemeines	63
2. Im Einzelnen	64
a. Überblick	64
b. Zulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung für erbrechtliche Auseinandersetzungen?	66
c. Modalitäten für den Abschluss der Gerichtsstands- vereinbarung	68

d.	Die Möglichkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung und nationales Recht (Art 5, 6)	69
e.	Prüfung der Zulässigkeit und der Zuständigkeit	71
f.	Ausführungsbedarf betreffend die Prüfung der Zulässigkeit und der Zuständigkeit (Art 14)?	72
g.	Die Bestimmung der Verfahrensparteien	73
h.	Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung	76
i.	Unzuständigerklärung aufgrund einer Rechtswahl	77
j.	Unzuständigerklärung bei Rechtswahl als <i>forum non conveniens</i>	78
k.	Zusammenfassung Gleichlauf	79
C.	Außergerichtliche Regelung der Erbsache (Art 8)	80
1.	Regelung nach der Verordnung	80
2.	Auswirkung der außergerichtlichen Regelung der Erbsache auf das nationale Recht	81
D.	Subsidiäre Zuständigkeit bei letztem gewöhnlichem Aufenthalt in Drittstaaten	83
1.	Regelung nach der Verordnung	83
2.	Das Verhältnis zwischen allgemeiner und subsidiärer Zuständigkeit	85
E.	Unzuständigerklärung bei Rechtswahl seitens des subsidiär zuständigen Gerichts	88
F.	<i>Forum necessitatis</i>	88
G.	Sicherstellung der praktischen Durchsetzung der festgestellten Ansprüche – Beschränkung des Verfahrens	91
1.	Regelung nach der Verordnung	91
2.	Anpassungsbedarf betreffend die Grenzen der internationalen Zuständigkeit	92
H.	Spezielle Zuständigkeitsvorschriften	94
1.	Für die Abgabe erbrechtlicher Erklärungen	94
2.	Ausführungsbedarf betreffend die Sonderzuständigkeit für die Abgabe erbrechtlicher Erklärungen (Art 13)	95
3.	Für sachenrechtliche Maßnahmen	96
4.	Registerrechtliche Erfassung bzw Umsetzung ausländischer Verfahrensergebnisse (Art 1 Abs 2 lit l)	99
a.	Konsequenzen für den Einantwortungsgrundsatz	101
b.	Vornahme der Einantwortung durch ausländische Gerichte?	102
c.	Verfahrenshandlungen als Annex zu kollisionsrechtlichen Vorschriften?	103
d.	Konsequenzen für die EuErbVO und für das nationale Recht	105
I.	Einstweilige Maßnahmen und Sicherungsmaßnahmen	108
1.	Vorbild EuGVVO	108
2.	Auslegungsfragen für die EuErbVO	110
3.	Anpassungsbedarf hinsichtlich einstweiliger Maßnahmen und Sicherungsmaßnahmen (Art 19)	111

J. Rechtshängigkeit und Konkurrenz von Verfahren	112
1. Regelung nach der Verordnung	112
2. Anpassungsbedarf im österreichischen Recht	113

3. Kollisionsrecht

Claudia Rudolf, Brigitta Zöchling-Jud und Gabriel Kogler

I. Einleitung	115
II. Universelle Anwendung	116
III. Objektive Anknüpfung	117
A. Einleitung	117
B. Anknüpfungsgegenstand	118
C. Anknüpfungszeitpunkt	118
D. Gegenständlicher und inhaltlicher Umfang der Verweisung	119
1. Gegenständlicher Verweisungsumfang	119
2. Inhaltlicher Verweisungsumfang	120
E. Anknüpfungspunkt „gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers“	120
1. Allgemeines	120
2. Definition des Begriffs „gewöhnlicher Aufenthalt“	122
a. Einleitung	122
b. ErwGr 23 und 24 EuErbVO	123
c. EuGH Judikatur	123
d. Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts durch Rechtswahl	125
e. Ergebnis	125
F. Ausweichklausel	126
G. Einzelfälle	128
1. Zeitlich begrenzter beruflicher Auslandsaufenthalt	128
2. Grenzpendler, Saisonarbeiter	129
3. Berufstätigkeit in verschiedenen Staaten („Wanderarbeiter“)	130
4. Auslandsstudium, Schulbesuch im Ausland	130
5. „Mallorca-Rentner“	130
6. Aufenthalt in ausländischen Pflegeeinrichtungen	131
7. Resümee	132
IV. Rechtswahl	132
A. Einleitung	132
B. Wählbare Rechtsordnungen	134
1. Beschränkung auf das Recht der Staatsangehörigkeit des Erblassers	134
2. Rechtswahl zugunsten des Rechts des letzten gewöhnlichen Aufenthalts?	135
3. Rechtswahl zugunsten einer sonstigen Rechtsordnung	136
4. Teilrechtswahl	137
5. Maßgebende Staatsangehörigkeit	137
6. Wahl einer Teilrechtsordnung bei einem Mehrrechtsstaat?	139

C.	Vornahme der Rechtswahl	139
1.	Verfügung von Todes wegen	139
2.	Ausdrücklich oder konkludent	140
3.	Form	141
4.	Zeitpunkt der Rechtswahl	141
5.	Fingierte Rechtswahl	141
6.	Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl	142
7.	Bedingte und befristete Rechtswahl	143
D.	Änderung und Widerruf der Rechtswahl	143
1.	Ausdrücklich oder konkludent	143
2.	Form	143
3.	Zulässigkeit sowie Abänderbarkeit und Widerruflichkeit	144
4.	Materiell wirksame Abänderungs- und Widerrufserklärung	145
V.	Umfang des Erbstatuts	147
A.	Einheitliches Erbstatut	147
B.	Die Aufzählung des Art 23 Abs 2	147
1.	Grund, Zeitpunkt und Ort des Erbfalls (lit a)	147
2.	Erbberechtigung, ihr Umfang und auferlegte Pflichten (lit b) ...	148
3.	Erbfähigkeit (lit c)	149
4.	Enterbung und Erbunwürdigkeit (lit d)	150
5.	Erbgang (lit e)	151
6.	Rechte der Erben, Testamentsvollstrecker und Nachlassverwalter (lit f)	151
7.	Haftung für Nachlassverbindlichkeiten (lit g)	153
8.	Pflichtteil und „andere Beschränkungen der Testierfreiheit“ (lit h)	154
9.	Ausgleich und Anrechnung unentgeltlicher Zuwendungen (lit i)	154
10.	Nachlassteilung (lit j)	155
VI.	Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit einer Verfügung von Todes wegen	155
A.	Allgemeines	155
B.	Begriffsbestimmungen	156
1.	Testament	156
2.	Gemeinschaftliches Testament	157
3.	Erbverträge	157
a.	Erb- und Pflichtteilsverzichtsverträge	157
b.	Schenkung auf den Todesfall	158
c.	Vorliegen eines Erbvertrags iSd Art 3 Abs 1 lit b	159
C.	Errichtungsstatut bei Verfügungen von Todes wegen außer Erbverträgen	160
1.	Objektive Anknüpfung	160
2.	Subjektive Anknüpfung	161
3.	Teilrechtswahl	161
4.	Bedingte und befristete Rechtswahl	162
5.	Änderung und Widerruf	162

D.	Errichtungsstatut bei Erbverträgen	163
1.	Erbverträge hinsichtlich der Rechtsnachfolge nach einem Erblasser	163
2.	Erbverträge hinsichtlich der Rechtsnachfolge nach mehreren Erblassern	164
a.	Zulässigkeit	164
b.	Materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung	165
3.	Änderung und Widerruf	165
E.	Umfang des Errichtungsstatuts	166
1.	Zulässigkeit	166
2.	Materielle Wirksamkeit	166
a.	Testierfähigkeit	166
b.	Zuwendungsverbote	168
c.	Stellvertretung	168
d.	Auslegung	169
e.	Willensmängel	169
f.	Sonstige Fragen der materiellen Wirksamkeit	170
VII.	Formstatut	170
A.	Art 27 EuErbVO und HTestÜ	170
1.	Verhältnis	170
2.	Übereinstimmung und Abweichungen	171
B.	Schriftliche einseitige letztwillige Verfügungen	172
1.	Österreich	172
a.	HTestÜ – Allgemeines	172
b.	Sachlicher Anwendungsbereich des HTestÜ	174
c.	Anknüpfungspunkte nach dem HTestÜ	175
d.	Gemeinschaftliches Testament	180
e.	Widerruf	181
f.	Formunwirksamkeit	181
g.	<i>Ordre public</i>	182
2.	Weitere EU-Mitgliedstaaten	182
a.	HTestÜ-Vertragsstaaten	182
b.	HTestÜ-Nichtvertragsstaaten	183
C.	Mündliche einseitige letztwillige Verfügungen	184
1.	Österreich	184
2.	Weitere EU-Mitgliedstaaten	184
a.	HTestÜ-Vertragsstaaten	184
b.	HTestÜ-Nichtvertragsstaaten	185
D.	Zweiseitige letztwillige Verfügungen	185
E.	Formstatut Rechtswahlerklärung	186
F.	Formstatut bestimmter Erklärungen	187
VIII.	Nachlassverwalter	188
A.	Allgemeines	188
B.	Voraussetzungen für die Bestellung eines Nachlassverwalters nach der <i>lex fori</i> (Art 29 Abs 1 UAbs 1)	189
1.	Auseinanderfallen von internationaler Zuständigkeit und Erbstatut	189

2.	Nachlassverwalter	190
3.	Verpflichtende oder auf Antrag verpflichtende Bestellung	191
4.	Entscheidungsspielraum des Gerichts	193
C.	Auswahl des Nachlassverwalters	193
1.	Berechtigte, zur Verwaltung Berechtigte und Fremdverwalter	193
2.	Grundregel	194
3.	Ausnahmsweise Bestellung eines Fremdverwalters	195
D.	Befugnisse des Nachlassverwalters	196
1.	Befugnisse nach dem allgemeinen Erbstatut	196
2.	Ergänzende Befugnisse aufgrund Art 29 Abs 2 und 3	197
a.	Anwendbarkeit des Rechts eines anderen Mitgliedstaats ...	197
b.	Anwendbarkeit des Rechts eines Drittstaats	198
3.	Konkurrenz mit einem vom Erblasser bestellten Testamentsvollstrecker	198
IX.	Sondererbfolgeregelungen	199
A.	Allgemeines	199
B.	Kriterien für besondere erbrechtliche Regelungen iSd Art 30	200
1.	Rechtsnachfolge von Todes wegen in bestimmte im Inland befindliche Vermögensgegenstände	200
2.	Wirtschaftliche, familiäre oder soziale Erwägungen	200
3.	Internationaler Geltungsanspruch	201
C.	Kollisionsrechtliche Nachlassspaltung und Pflichtteilsrecht	201
D.	Anwendungsfälle	202
X.	Anpassung dinglicher Rechte	203
A.	Allgemeines	203
B.	Dingliches Recht	204
C.	Mitgliedstaat, in dem das Recht geltend gemacht wird	204
D.	Umfang des Erbstatuts in Bezug auf den Erwerb dinglicher Rechte	205
E.	Fälle, in denen (kein) Anpassungsbedarf besteht	207
1.	Vindikationslegat	207
2.	Vonselbsterwerb	209
3.	Dingliche Teilungsanordnungen	209
4.	Trust	210
5.	Nießbrauch des Ehegatten/eingetragenen Partners am Nachlass	210
XI.	Kommorienten	211
XII.	Erbenloser Nachlass	213
A.	Einleitung	213
B.	Erbenlosigkeit	214
C.	Nachlassgläubiger	215
D.	Drittstaatliche öffentlich-rechtliche Aneignungsrechte	216
E.	Negativer Anwendungskonflikt	216
F.	Das „Heimfallsrecht“ des Staates gemäß § 760 ABGB	217
XIII.	Rück- und Weiterverweisung	218
A.	Allgemeines	218

B.	Sachnormverweisung nach Art 34 Abs 2	219
C.	Verweisung auf mitgliedstaatliches Recht	219
D.	Verweisung auf das Recht eines Drittstaates	220
1.	Art 34 Abs 1 lit a	221
2.	Art 34 Abs 1 lit b	221
E.	Teilrenvoi	222
XIV.	Öffentliche Ordnung (<i>ordre public</i>)	223
A.	Allgemeines	223
B.	Anwendungsfälle des Art 35	225
C.	Folgen einer <i>ordre public</i> -Widrigkeit	227
XV.	Staaten mit mehreren Rechtssystemen	227
A.	Interlokales Kollisionsrecht der EuErbVO (Art 36, 38)	227
1.	Anwendungsbereich	227
2.	Systematik und „in Ermangelung von Kollisionsregeln“	228
a.	Fehlen eines einheitlichen Kollisionsrechts des Staates	228
b.	Lückenhaftes Kollisionsrecht	231
3.	Vorrang des staatlichen interlokalen Kollisionsrechts (Art 36 Abs 1)	232
4.	Subsidiäre Unteranknüpfung	233
a.	Allgemeine Konkretisierung der Verweisung (Art 36 Abs 2)	233
b.	Konkretisierung der Verweisungen in Art 27 (Art 36 Abs 3)	235
B.	Interpersonelles Kollisionsrecht der EuErbVO (Art 37)	238

4. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung

Robert Fucik

I.	Rechtsquelle	239
A.	Allgemeines	239
B.	Anwendungsbereich	239
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	239
2.	Definitionen	240
3.	Geografischer Anwendungsbereich	241
4.	Zeitlicher Anwendungsbereich	242
II.	Allgemeines zu Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung	242
A.	Grundsätzliches	242
1.	Praxisrelevanz?	242
2.	Automatische Anerkennung – Beibehaltung des <i>exequatur</i> – „Versteinerung“ von EuGVVO trotz EuGVVOneu	243
3.	Transmissionspotential eines <i>exequatur</i>	244
4.	Anforderungen an den nationalen Gesetzgeber	245
B.	Technisches	246
1.	Teilvollstreckbarkeit	246
2.	Prozesskostenhilfe: Kontinuitätsgrundsatz	246

3. Keine Kaution („Sicherheitsleistung oder Hinterlegung“)	246
4. Keine Stempelabgaben oder Gebühren	247
C. Anerkennung	247
1. Grundsätzliches: Anerkennungsautomatik	247
a. Grundsatz der <i>ex lege</i> -Anerkennung (Art 39)	247
b. Anerkennung durch gerichtliche Entscheidung (Art 39 Abs 2 und Abs 3)	248
2. Gründe für die Nichtanerkennung einer Entscheidung („Versagungsgründe“, Art 40)	249
3. Ausschluss einer Nachprüfung in der Sache (Verbot der <i>révision au fond</i>)	254
4. Aussetzung des Anerkennungsverfahrens	254
5. Ausführungsbedarf im österreichischen Recht	254
D. Vollstreckbarkeit	256
1. Erfordernis eines <i>exequatur</i>	256
2. Das örtlich zuständige Gericht (Art 45)	256
a. Exequaturbehörde	256
b. Örtliche Zuständigkeit	257
c. Verfahren (Art 46 ff)	257
3. Vollstreckbarerklärung	259
a. Einseitiges Verfahren in erster Instanz	259
b. Mitteilung der Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung	259
c. Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung (Art 50)	260
d. Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Rechtsbehelf	261
e. Versagung oder Aufhebung einer Vollstreckbarerklärung	262
f. Aussetzung des Verfahrens	262
g. Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungs- maßnahmen (Art 54)	262
E. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	263
1. Annahme öffentlicher Urkunden (Art 59)	263
a. Keine <i>ex lege</i> -„Anerkennung“, sondern „Annahme“	263
b. Bekämpfbarkeit	266
2. Vollstreckbarkeit öffentlicher Urkunden	267
3. Vollstreckbarkeit gerichtlicher Vergleiche	267
4. Ausführungsbedarf	268

5. Das Europäische Nachlasszeugnis

Walter H. Rechberger und Friedrich Kieweler

I. Begriff und Zweck des Europäischen Nachlasszeugnisses (Art 62, 63)	269
II. Verfahren zur Ausstellung des ENZ	271
A. Zuständigkeit für die Erteilung des ENZ – Festlegung der Ausstellungsbehörde (Art 64)	271

1. Exkurs: Zuständigkeit bzw Ausstellungsbehörde des nationalen Erbscheins in Deutschland	273
2. Anpassungsbedarf bzw -regelung des österreichischen Rechts	276
B. Antragsberechtigte (Art 65 Abs 1 iVm Art 63 Abs 1)	278
C. Inhaltliche Erfordernisse des Antrags (Art 65 Abs 3)	283
D. Prüfung des Antrags (Art 66)	285
E. Ausstellung des Zeugnisses (Art 67), Ausfertigung von beglaubigten Abschriften des Zeugnisses (Art 70)	289
III. Inhalt des ENZ (Art 68)	293
IV. Die Wirkungen des ENZ nach Art 69	294
A. Allgemeines	294
B. Beweisfunktion (Art 69 Abs 2)	297
C. Gutgläubenswirkung bzw Vertrauensschutz (Art 69 Abs 3 und 4)	300
1. Legislative Ausgestaltung in der Verordnung	300
2. Vorlageerfordernis als Voraussetzung für den Gutgläubensschutz?	303
3. Die Vorlage beglaubigter Abschriften sowie Gutgläubensschutz in Drittstaaten	307
D. Legitimationswirkung (Art 69 Abs 5)	308
1. Grundlegendes	308
2. Exkurs: Verfahrensrechtliche Perspektive der Anpassung dinglicher Rechte (Art 31)	311
3. Ausführungsvorschriften im österreichischen Grundbuchgesetz	312
V. Das Verhältnis nationaler bzw innerstaatlicher Erbrechtsnachweise zum ENZ	314
A. Allgemeines	314
B. Konkurrenz des ENZ mit österreichischen Erbrechtsnachweisen bei Verwendung in einem anderen Mitgliedstaat	315
C. Konkurrenz des ENZ mit nationalen ausländischen Erbrechtsnachweisen bei Verwendung in Österreich	318
VI. Nachträgliche Eingriffe in das ENZ	319
A. Berichtigung, Änderung oder Widerruf des Zeugnisses (Art 71)	319
B. Rechtsbehelfe (Art 72)	321
C. Aussetzung der Wirkungen des Zeugnisses (Art 73)	323

Anhang

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1329/2014 der Kommission (9. Dezember 2014)	325
Sachverzeichnis	383
Autorenverzeichnis	399